Sonnabend, 10. Dezember 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 40 Pf.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 570 * Ausgabe B Nr. 283
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 570

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Mahnung des Reichskanzlers an die Industrie.

Der Reichswirtschaftsrat über die „Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes".

Die heutige Sitzung.

Edler v. Braun eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Das Haus geht zunächst in die Beratung des Berichts des Reparationsausschusses über die weitere Beratung des Initiativantrages zur Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes.

Der Reparationsausschuß hat am 25. November einstimmig eine Entschließung angenommen, in der er „die unverzügliche Durchführung der Kreditaktion auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats vom 4. November 1921 eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland" bezeichnet und „entschlossene Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsbetrieben" schleunigst fordert, dagegen „die Verzögerung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Frage der Kreditaktion" ablehnt.

In der Aussprache erklärt

Tarnow (Holzarbeiterverband) die Zustimmung seiner Freunde, da er diesem Wege die Mittel zur Reparationsleistung wohl noch am ehesten zu beschaffen seien. Gegenleistungen dürfe sie dafür nicht beanspruchen. Redner begründet einen Antrag Tarnow und Genossen zum § 16 (Verrechnung mit der Steuerschuld der Mitglieder), wonach das Mitglied die Quittung für eine Kreditzahlung zur Verrechnung mit den bei ihm angeforderten Vermögens- und Besitzsteuern verwenden könne.

Baltrusch (Christl. Gewerkschaften) erklärt gleichfalls die Zustimmung seiner Freunde. Unsere Reichsbetriebe dürfen in der bisherigen Art unmöglich weiter arbeiten; ihr Defizit beträgt 37 Prozent des Reichshaushalts.

Kaufmann Heinrich **Grünfeld** hält eine genauere Prüfung des Antrags Tarnow für erforderlich.

Dr. **Hachenburg** (Freie Berufe) stimmt dem zu.

Dr.-Ing. **Sorge** stimmt den Ausführungen Baltruschs besonders hinsichtlich der geforderten Atempause zu.

Reichskanzler Dr. **Wirth:**

Ich kann nicht verstehen, warum durch eine solche Abstimmung eine Beunruhigung entstehen könnte. (Sehr richtig.) Mit der Verabschiedung des Entwurfs geben Sie doch der Regierung ein Instrument vorläufig in die Hand, um zu zeigen, auf welcher Grundlage etwa die Frage der Kreditaktion gelöst werden könnte. Es ist taktisch immerhin bedeutungsvoll, ein solches Instrument durch ein Votum des Reichswirtschaftsrats bereitgestellt zu haben. Ich habe die interessierten Kreise in der letzten Zeit immer gebeten, mindestens die innere Bereitschaft durch äußere Zeichen zu bekunden. Ich bitte Sie deshalb, diesen Gesetzentwurf zu verabschieden. Ich wäre sehr gern bereit, heute in Ihrer Mitte zur Lage zu sprechen. Ich will das heute nicht tun, ich komme dann nicht in die unangenehme Lage, wie Herr Dr. Sorge, etwas abschwächen und korrigieren zu müssen, was ihm in der T. U.-Korrespondenz nachgesagt worden ist. Den Sommer hindurch haben wir wiederholt — geheim wie öffentlich — die Möglichkeiten durchgesprochen. Schritte nach der Richtung der Kreditbeschaffung hin sind, wie ich einem Großvertreter mitgeteilt habe, offiziell und offiziös unternommen worden. Das ernsthafte Bemühen der Regierung, für Januar und Februar für Gelddeckung zu sorgen, hat eine größere Erörterung hervorgerufen. Aus der Kreditfrage ist eine Erörterung des Reparationsproblems geworden. Bei Annahme des Ultimatums haben wir den bedeutungsvollen Satz dem Reichstag geprägt, daß die weltwirtschaftlichen Forderungen nach Annahme des Ultimatums erheblich sein müssen. Diese Erwartungen haben die wirtschaftlichen Kräfte der ganzen Welt in Bewegung gebracht. Deutschlands Wirtschaft darf nicht isoliert für sich betrachtet werden. Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist verbunden mit der Wirtschaft Europas und damit mit der Weltwirtschaft. In dem Augenblick, wo von den englischen und französischen Staatsmännern in London gerade diese Frage diskutiert wird, können wir eine große Debatte nicht führen, das wäre nicht mahnbringend. **Verabschieden Sie den Gesetzentwurf als ein Zeichen innerer Bereitwilligkeit, an der Lösung der Kreditfrage mitzuarbeiten** und der Regierung ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederaufbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Dr. Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erstatten können. Freilich ist es auch zunächst besser, zu schweigen, wo große Gedanken reifen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel Porzellan zerschlagen ist. (Zustimmung.) Wir sehen den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen.

Max **Cohen** wendet sich gegen die Aufschiebung der Abstimmung.

Dr. **Sorge** hält nach wie vor eine Vertagung für der Sache am meisten dienlich.

Reichskanzler Dr. **Wirth:** Ich habe nur davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Abstimmung hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nichts zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verbandstagung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Weihnachten verabschieden. Ein Grund zur Beunruhigung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Rückstellung der Befürchtungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Der Vertagungsantrag Sorge wird abgelehnt.

Mitglied **v. Siemens:** Wir sind hier eine Wirtschaftskammer und es ist unsere Pflicht, hier die Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen. Deshalb dürfen wir nichts tun, was die Wirtschaft schädigen könnte. Der Paragraph 1 aber ist eine Blankovollmacht auf unbestimmte Zeit, es der Regierung auch für später ermöglicht, Kredite aufzunehmen, ohne die Wirtschaft nochmals zu hören. Wir können in diesen Zeiten der Regierung nicht eine solche Vollmacht geben, welche die deutsche Wirtschaft einsach verkauft.

Dr. August Müller: Die Abstimmungen im Reichswirtschaftsrat nach Majoritäten und Minoritäten entsprechen gar nicht der eigentlichen Bestimmung dieser Einrichtung. Nur ein möglichst einstimmiges Votum kann den erforderlichen Nachdruck und die entsprechende Wirkung auf Inland und Ausland ausüben. Darum ist an der Mitbeteiligung der Industrie so sehr viel gelegen.

Lange (Beamtenschaft) stellt fest, daß die Wünsche der Industriellen in den Kreisen seiner Freunde lebhafte Beunruhigung hervorgerufen hätten.

Auf Antrag **Luther** findet **eine halbstündige Unterbrechung** statt, um die Grundlagen für eine Verständigung zu finden.

Schwache Haltung am Devisenmarkt.

Unsicherheit am Effektenmarkt.

Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel erfuhren heute abermals eine **Ermäßigung.** Der Dollarkurs, der heute vormittag im freien Verkehr mit etwa 188 bis 190 umgesetzt worden war, wurde an der Börse mit 187 bis 184 genannt. Der **amtliche Dollarkurs** wurde mit **187,31 Geld, 187,69 Brief** festgestellt. Am Effektenmarkt herrscht nach wie vor große Zurückhaltung. Wiewohl man vereinzelt höhere Kurse hören konnte, scheint doch die Tendenz im ganzen schwächer zu sein.

*

Der **Allgemeine Bankverein** in Düsseldorf, zu dessen Vorstand der Staatssekretär a. D. Moesle gehört, und in dessen Aufsichtsrat unter anderem Oberbürgermeister Wilms (Düsseldorf), die Generalbevollmächtigten der Schaffgotschen und Thurn und Taxischen Verwaltungen sowie prominente Industrielle sitzen, hat seine **Kassen geschlossen und Geschäftsaufsicht beantragt.** Die Bank hatte die Verluste, die sie durch die bekannten Devisenspekulationen eines Vorstandsmitgliedes erlitt, ursprünglich auf 120 Millionen Mark angegeben, für die die Mitglieder der Verwaltung ihren persönlichen Kredit zur Verfügung gestellt haben. Jetzt ergibt sich, daß **diese Verluste noch größer** sind. Eine Stützungsaktion versprach vorläufig keinen Erfolg.

Der deutsch-südslawische Handelsvertrag.

Die vorjährige Fassung des Vertrages. — § 18. „Zwischen Scylla und Charybdis." — Stinnes-Märchen.

Von unserem nach Südslawien entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Berkes.

Belgrad, im Dezember.

Der deutsch-südslawische Handelsvertrag, über den unser Sonderkorrespondent berichtet, ist soeben unterzeichnet worden. Die Redaktion.

Anfang Dezember des vorigen Jahres hatte sich, wie seinerzeit gemeldet worden war, nach Belgrad eine deutsche Delegation unter der Führung des Ministerialdirektors Freiherrn v. Stockhammern begeben, um mit der südslawischen Regierung einen Vertrag zu schließen, der den Zweck hatte, die seit jetzt mehr als sieben Jahren unterbrochenen wirtschaftlichen Beziehungen auch de jure wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen, die auf südslawischer Seite in entgegenkommendster Weise von den hervorragenden Wirtschaftspersönlichkeiten, dem Sektionschef im Handelsministerium Dr. Milan Todorowitsch und dem früheren Finanzminister Duschan Popowitsch, geführt wurden, leiten bekanntlich zu einem beiderseitig befriedigenden Ergebnis, aber der südslawische Ministerrat hatte dann in letzter Stunde aus politischen Gründen — es herrschten damals Unstimmigkeiten über die Reparationsforderungen zwischen Deutschland und der Entente — Einwendungen gemacht, und es war die Unterzeichnung unterblieben. Jetzt hat sich aber die Lage zugunsten der Unterzeichnung geändert.

Dieser Vertrag, der bei den gegenwärtig noch flüssigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Mitteleuropa weniger einen Handelsvertrag als ein erstes Wirtschaftsabkommen darstellt, hat einige zwanzig Artikel und einige Anlagen, und er leitet in seinem ersten Artikel mit der grundsätzlichen Feststellung ein, daß zwischen den beiden Staaten zukünftig keine Ein- und Ausfuhrverbote stattfinden sollten. Als weiteren Grundsatz stellt Artikel 3 das Recht der Meistbegünstigung fest, bei Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, bei Eingangs- und Ausgangszöllen, bei den Zollförmlichkeiten, bei den inneren Verbrauchsabgaben, bei der Behandlung von Geschäftsleuten, bei der Zulassung und Behandlung von Schiffen und bei Schiffahrtsabgaben, bei der Personen- und Warenbeförderung durch Transportunternehmungen zu Lande und zu Wasser und bei dem Erwerb und Besitz von beweglichen oder unbeweglichem Vermögen, soweit dieser Besitz aus wechselseitigen Handelsgeschäften stammt. Im Artikel 6 machen die beiden vertragschließenden Staaten sich gegenseitig die Zusage, daß, soweit die Nachkriegsverhältnisse das zulassen, Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr abgebaut werden. Der Artikel 8 spricht sodann über die Transitfreiheit für Personen, Waren, Eisenbahnwagen und im Postverkehr und bezeichnet diesen Verkehr als von inneren Abgaben frei. Artikel 9 spricht das Meistbegünstigungsrecht hinsichtlich auch des Gerichtsstandes und ferner das Recht, vor den Gerichten als Kläger und als Beklagter Prozesse zu führen, aus, und Artikel 10 gibt die Bedingungen an, unter denen die Handlungsreisenden in den beiderseitigen Ländern Geschäfte treiben können. Artikel 11 bestimmt die Zollfreiheit für Muster, Artikel 12 die Wiederaufnahme von Post und Telegraphen auf Grund der internationalen Verträge, Artikel 13 spricht vom Seuchenschutz, der Rechtshilfe, dem Ausschluß der Doppelbesteuerung, der Rechtshilfe in Steuersachen, der Steuerermittlung und Steuerbeitreibung und den Steuerstrafsachen. Artikel 14 stellt fest, daß über Urheber- und gewerblichen Rechtschutz besondere Abmachungen getroffen werden sollen, desgleichen auch über die soziale Versicherung der Angehörigen eines Staates in dem anderen. Artikel 15 gestattet, daß direkte deutsche Eisenbahnwagen mit deutschen Büchern periodisch und ohne Umladung nach Südslawien geführt werden, und Artikel 16 läßt beiden Staaten freie Hand im Paßverkehr. Artikel 18 sagt vom Seeschiffahrtsverkehr, daß auch hierbei die Meistbegünstigung gilt, und verweist bezüglich der Donau auf die Bestimmungen der internationalen Donauakte, während für die nationalen Wasserläufe die Regelungen noch vorbehalten werden. Artikel 21 bestimmt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten und ordnet für diesen Fall ein Schiedsgericht an, das aus den beiden Staaten gebildet wird, und dessen Obmann das Mitglied eines befreundeten dritten Staates sein soll. In den Anlagen zu diesem Vertrage findet sich sodann noch ein Eisenbahnabkommen, das in seinen Grundzügen auf dem internationalen Eisenbahnabkommen vom 14. Oktober 1890 aufgebaut ist. Die Durchgangstarife für Personen und Wagen, heißt es darin, sollten geregelt werden, sobald auf Grund der Währungsverhältnisse eine solche Regelung möglich wäre. Auch durch dieses Abkommen wird bezüglich der Tarifpolitik grundsätzlich gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht gewährt.

Der Vertrag erhofft vor allem die Möglichkeit, das Hindernis der Maximalzölle, die namentlich für die deutsche Textilindustrie gleich Prohibitivzöllen wirkten, aus dem Wege zu räumen. Bleibt freilich dann immer noch der berüchtigte Paragraph 18 aus dem Friedensvertrag bestehen, der jederzeit die Beschlagnahme des deutschen Vermögens zuläßt, und die Aufhebung dieses Paragraphen dürfte wohl auch Gegenstand von Unterhandlungen mit einer südslawischen Kommission sein, die sich, wie man hört, demnächst zur weiteren Anregung von Wirtschaftsbeziehungen nach Deutschland begeben soll.

Vor der Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George.

Lloyd George verlangt eine „Wirklichkeitspolitik" gegenüber Deutschland

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 10. Dezember.

Lloyd George hält es für nötig, sich mit Briand über die schwebenden Fragen auszusprechen und bittet den französischen Ministerpräsidenten, nach London zu kommen, da Lloyd George selbst sein Land wegen der Verhandlungen mit Irland nicht verlassen kann. Die Einladung zu dieser Zusammenkunft wurde durch den Minister Loucheur überbracht, der gestern abend 10 Uhr bereits wieder in Paris eingetroffen ist und am Bahnhof außer seinen Mitarbeitern die Pariser Presse ziemlich vollzählig versammelt fand. Er schien sehr guter Laune zu sein und gab in der Gepäckhalle eine kurze Darstellung seiner Eindrücke. Was er sagte, sei nach dem „Echo de Paris" wiedergegeben, dessen Tendenz bekannt ist. Eine zweite Schilderung, die aus London kommt, „immt mit dem „Echo" in den Auszügen überein, läßt aber erheblich mehr zwischen den Zeilen lesen. Nach dem Bericht Hutins im „Echo" machte Loucheur zuerst die Feststellung, daß die Unterhaltungen mit Sir Horne und Lloyd George außerordentlich freundlich gewesen sind. Lloyd George habe alle Probleme, die besprochen worden seien, in einem Sinne verhandelt, der stets der Lage Frankreichs Rechnung trug. Von einem Moratorium sei nicht gesprochen worden. Loucheur habe die Ueberzeugung, daß die englische Regierung nichts ohne Frankreich tun wolle. Auf die Angelegenheit, die Frankreich am meisten interessiert, ging Lloyd George etwas näher ein. Lloyd George ist der gleichen Meinung, wie Präsident Harding über die wirtschaftliche Lage der Welt: „Es genügt nicht, einzelne Probleme zu betrachten; man muß das ganze überblicken könne, um das geeignete Heilmittel zu finden." Zu diesem Zwecke will er sich eingehend mit Briand unterhalten. Loucheur berichtete dann über das Gespräch mit Dr. Rathenau. Loucheur sagt: „Diese Unterhaltung hat nicht eine so große Bedeutung, wie Sie annehmen. Ich habe ihn gefragt, warum er nicht Minister geblieben und was er in London mache. Er hat mir geantwortet: Er sei in London, um finanzielle und wirtschaftliche Verhandlungen zu führen. Welcher Art diese Verhandlungen seien, habe ich nicht wissen wollen (!) und ebensowenig, ob sie zu einem Resultat geführt haben. Ich wollte heute, Freitag, nochmals mit Rathenau sprechen; da ich aber gleich nach dem Frühstück abreiste, haben wir nur wenige Worte wechseln können. Ich glaube, daß Rathenau mit uns in Berührung bleiben will. Herr Stinnes ist aus London abgereist, nachdem seine Mission vollkommen gescheitert war (?)"

Der „Petit Parisien" wird noch eine Bemerkung Lloyd Georges erwähnt. Lloyd George sei durch die Art, wie in der französischen und englischen Presse die Mißverständnisse der letzten Zeit behandelt werden, verstimmt und bedrückt. Er wolle nicht, daß zwischen Frankreich und England ein Mißverständnis bestehen bleibe. Es sei die Pflicht beider Regierungen, beruhigend zu wirken. Er wolle dazu das Seine tun, auch wenn er zu diesem Zweck Opfer bringen müsse. Der „Petit Parisien" sagt, daß die Zusammenkunft der beiden Premierminister bestimmt noch vor Weihnachten stattfinden werde, und daß 24 Stunden dazu genügen werden, alles in Ordnung zu bringen. (?)

(Siehe auch Seite 2.)